

II-10753 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 54071J

1990-04-19

ANFRAGE

der Abgeordneten Pilz und Freunde

an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst

betreffend schwermetallbelastetes Gemüse im Umfeld der Entsorgungsbetriebe  
Simmering

Der "Überparteilichen Elterninitiative für gesunde Luft in Simmering" selbst sind schon über ein Dutzend Untersuchungen und Studien zum Schwermetallgehalt des Simmeringer Gemüses bekannt. Doch: "Außer Messungen nichts gewesen" ist offensichtlich die Moral der Geschichte. Zwei ausgewählte Studien seien hier kurz angeführt:

1. Das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf erstellte im Juli 1984 eine Analyse von Schwermetallen in Gemüsen aus einem umweltbelasteten Anbaugelände (BL-464/84, Arbeitsberichtprojekt No. 11252). Darin kommen die Gutachter ganz klar zum Ergebnis, daß in Gemüseproben im Umfeld der Sondermüllverbrennungsanlage EbS zum Teil erhebliche Konzentrationen an Chrom, Nickel und Zinn nachzuweisen sind. Insbesondere die 200fache Überschreitung des Chromwertes nach "Technical Report Series" der WHO wird als alarmierend bezeichnet, da Chrom als Enzymgift, Ursache für Leber- und Nierenschäden und als kanzerosuspekttes Schwermetall gelte.
2. In der Studie der Magistratsabteilung 15 der Stadt Wien vom 5.11.1984 (Ryvaden/Junker, G.G.-0/333/84) wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die vorgefundene Blei- und Chromanreicherung des im Gemüseanbaugelände von Wien-Simmering gezogenen Freilandgemüses von toxikologischem Gewicht sei, sonst stellt der Verzehr dieses Gemüses eine Gefährdung der Konsumenten dar.

Nach dem Lebensmittelgesetz ist es verboten, Lebensmittel in Verkehr zu bringen, die gesundheitsschädlich sind. Oberstes Organ zur Vollziehung des Lebensmittelgesetzes ist der Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst. Zentrales Vollzugsorgan für die Überwachung des Lebensmittelverkehrs ist der Landeshauptmann, der jedoch dem Weisungsrecht des Bundesministers unterliegt. In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst folgende

ANFRAGE:

1. Sind Ihnen die oben genannten Untersuchungen zum Schwermetallgehalt des Simmeringer Gemüses bekannt?
2. Welche Untersuchungen sind von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung von im Gemüseanbaugelände EbS-Ostautobahn-Schwechat gezogenen Freilandgemüse gemacht worden? Haben sich die

Untersuchungen auch auf Wurzelgemüse bezogen und auf die lang reifenden "Kohlsprossen"? Welche Schwermetallgehalte wurden gemessen?

3. War die Gesundheitsschädlichkeit des in der Umgebung der EbS gezogenen Freilandgemüses für die Aufsichtsorgane nach dem Lebensmittelgesetz Anlaß zu behördlichen Schritten, insbesondere wurden Waren vorläufig beschlagnahmt, wurden Strafanzeigen erstattet?
4.
  - a) Wann hat Ihnen der Landeshauptman von Wien erstmals im Wege einer Berichterstattung nach § 36 Lebensmittelgesetz über die gesundheitsgefährdende Schwermetallbelastung des Simmeringer Freilandgemüses berichtet?
  - b) Welche Anweisungen an die Ihnen unterstehenden Behörden haben Sie in gegebenen Fall erteilt? Wenn Sie keinen Anlaß für Maßnahmen nach dem Lebensmittelgesetz gesehen haben, warum nicht?
5. Sind Sie in Kontakt mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten getreten, damit die Quelle der Schadstoffbelastung, die Sondermüllverbrennungsanlage EbS in Simmering, beschränkt oder stillgelegt wird?
6. Die "Überparteiliche Elterninitiative für gesunde Luft in Simmering" sah sich bisher - so wie viele andere Umweltinitiativen - einem Kompetenzdschungel gegenüber. Sie als Gesundheitsminister haben unter anderem die österreichische Bevölkerung davor zu schützen, daß gesundheitsschädliche Lebensmittel in Verkehr gesetzt werden. Es handelt sich hier sozusagen um den letzten Sektor, bevor die von Menschen produzierten Schadstoffe endgültig wieder zu ihm zurückgelangen. Eine sektorale Sicht der Dinge mag zwar im zersplitterten Umwelt- und Gesundheitsrecht gerechtfertigt erscheinen, doch muß trotzdem von einem modernen Gesundheitsminister ein ganzheitliches Denken abverlangt werden können.
  - a) Welche Informationsdienste für die Bevölkerung und für Ihre Ministerkollegen haben Sie im Sinne eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes in Zusammenhang mit den von Müllverbrennungsanlagen ausgehenden Gefahren installiert oder veranlaßt?
  - b) Welche Position nehmen Sie als Gesundheitsminister zu Müllverbrennungsanlagen ein?